

Zaghaft „on fire“ in Beirut

Im Libanon gibt es viele Umweltprobleme, aber kaum jemand unterstützt den Klimastreik

Aus Beirut **Julia Neumann**

Ike Arzoumanen läuft an der Strandpromenade in Beirut vorbei an Palmen, zu ihrer Linken das Mittelmeer. Ike ist wütend und damit nicht alleine: „Was wollen wir?“, ruft sie, „Klimagerechtigkeit!“, schreien ihr die Streikenden entgegen. „Wann wollen wir sie?“ „Jetzt!“ Am 20. September streikten in Beirut etwa 100 Jugendliche für eine nachhaltige Politik, am Freitag mehr als 200. Ihre Wut haben sie kreativ auf Plakate gebracht: „Beirut on fire“, „Ich möchte einen heißen Freund, keine heiße Erde“, „Es ist so schlimm, sogar die Introvertierten sind hier“. „Wacht auf!“, ruft die Schülerin Ike Arzoumanen. Sie selbst lebt vegan, reist wenig, recycelt und versucht, Nachbarn, Familie und Freund*innen zum Recyceln anzuregen. Ihre Eltern seien noch skeptisch. „Sie wollten mich erst nicht zum Protest lassen, aus Angst, es sei zu gefährlich.“ Hinter ihr hupt ein Autofahrer. Ältere Männer halten am Straßenrand mit ihren Handys auf das Geschehen, filmen.

Während in Europa Tausende Menschen für den Klimaschutz auf die Straße gehen, ist die Bewegung im Libanon klein. Dabei trifft der Klimawandel die Länder des Mittelmeerraums schneller als im globalen Trend. Gerade im Libanon gäbe es außerdem viel zu ändern: Der Müll lagert unbehandelt auf Depo-nien am Mittelmeer. Täglich gibt es geplante Stromausfälle, kompensiert mit privaten Generatoren und fossilen Brennstoffen. In Beirut sind die Straßen voll und SUVs im Trend. Warum schließen sich nicht mehr Libanes*innen der Klimastreik-Bewegung an? „Die Menschen sind gerade mit anderen Themen beschäftigt, zum Beispiel dem Verfall unserer Währung“, sagt Leen Assiri, Studentin im ersten Studienjahr an der Amerikanischen Uni. „Sie wollen etwas verändern, aber die Regierung hat sie schon im Stich gelassen.“ 2015 protestierten Tausende im Libanon gegen das Müllproblem. „Ich glaube, sie sind müde, manche sind zynisch.“ Laut Maya El-Haj, Bauingenieur-Studentin, fehlt es an Informationen: „In den Schulen legen sie nicht viel Wert darauf, uns beizubringen, auf die Umwelt zu achten.“ Ihr Wissen über den Klimawandel habe sie aus den sozialen Medien. Auch dort hapert es an Unterstützung. Ein Video der Initiative „Live Love Beirut“ mit dem Aufruf zum Klimastreik kommentierten Instagram-Nutzer*innen mit „Bullshit“ oder „Hysterie“. Eine weitere Aktion hat Organisator Andrew Succar kurzfristig abgesagt, da die mediale Begleitung fehlte. Geplant war, dem Parlament eine Liste mit Forderungen zum Klimaschutz zu überreichen. „Die lokalen Medien wollten, dass wir die Aktion am Dienstag machen. Aber wir können nicht jeden Tag Schule schwänzen“, sagt Succar. Er fürchtet, dass die Aktivist*innen mit Gewalt von der Polizei aus dem Parlament geholt werden – ohne dass die Öffentlichkeit dies mitbekäme.

— brief des tages



X Kabel aus China, Schrauben aus Mexiko

„Drei Gründe für ein Lieferkettengesetz“, taz vom 11. 9. 19

Die Kabel aus China, die Schrauben aus Mexiko, die Bleche aus Weißrussland, die Elektronik aus Japan, die Reifen aus Spanien, einige Motorteile aus Frankreich, Draht aus Sizilien, Polsterstoffe aus Rumänien, Lackfarben aus Ungarn, Stahl aus Usbekistan, Kunststoffe aus Polen und so weiter.

Aus allen Herrgottsländern werden die Zulieferteile nach Deutschland transportiert und zu einem Produkt zusammengebaut. Der Stempel „Made in Germany“ schmückt dann das Klimakatastrophenprodukt. Die Politik spricht von Globalisierung und den damit verbundenen Herausforderungen. Die globalen Lieferketten verursachen in erster Linie die Klimakrise. An den Autobahnrasthöfen zeigt sich der Lkw-Wahnsinn. Statt noch mehr Lkw-Parkplätze zu schaffen, sollte man schwerpunktmäßig den Güterverkehr auf die Schiene lenken. Der Hebel muss dort angesetzt werden, wo die Hebelwirkung am größten ist. Was macht die Politik? Sie möchte Ölheizungen verbieten und lädt die Verantwortung wieder einmal bei den Bürgerinnen und Bürgern ab. Es soll auch wieder einmal alles teurer werden. *Siegmar Unger, Hollstadt*

Zahl des Tages

3. Thema

Die AfD will sich verstärkt auf den **Protest gegen die Klimaschutzpolitik** konzentrieren. Nach dem Euro und der Zuwanderung sei dies „das dritte große Thema für die AfD“, sagte Parteichef Alexander Gauland der *Welt am Sonntag*. Seine Partei habe hier ein „Alleinstellungsmerkmal“. Denn alle anderen Parteien würden „den Irrsinn mitmachen“, den Greta Thunberg anheize. Die Vorhaben der Bundesregierung seien völlig ineffektiv, weil Deutschland nur für 2 Prozent der CO₂-Emissionen verantwortlich sei. Zwar ändere sich das Klima, aber dass der Mensch dabei durch CO₂-Emissionen eine wesentliche Rolle spiele, sei „zumindest umstritten“.

meinung + diskussion 12

Viel Gift fürs Ausland

Ein Viertel der von Deutschland ausgeführten Pflanzenschutzmittel-Wirkstoffe seien „hochgefährlich“, kritisiert das Pestizid-Aktionsnetzwerk

Von **Jost Maurin**

Ein Viertel der 2017 aus Deutschland exportierten Pestizidwirkstoffe gelten Umweltschützern als „hochgefährlich“. Das Pestizid-Aktionsnetzwerk (PAN) teilte mit, dass 62 der insgesamt 233 ausgeführten Substanzen auf seiner Liste der hochgefährlichen „Highly hazardous pesticides“ stünden. „Darunter sind sogar solche Pestizide, die in Europa längst verboten sind, weil sie von den Behörden als zu gesundheitsgefährlich eingestuft wurden“, schreibt die Umweltschutzorganisation in einer neuen Studie. 21 seien in dem Jahr in der Bundesrepublik nicht zugelassen gewesen.

Jährlich werden laut PAN rund 41 Millionen Menschen Opfer unbeabsichtigter Pestizidvergiftungen. Hinzu kämen

nach Zahlen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) Hunderttausende Suizide mit Ackergiften. Die Chemikalien werden zudem mitverantwortlich dafür gemacht, dass immer mehr Pflanzen- und Tierarten aussterben.

Zu den exportierten Pestiziden zählen zum Beispiel die Unkrautvernichtungsmittel Cyanamid, Acetochlor und Tepraloxymid. Sie würden von der EU als krebserzeugend und gefährlich für die Fruchtbarkeit und Embryonen (reproduktionstoxisch) eingestuft. Auch das Insektengift Cyfluthrin werde ins Ausland verkauft, obwohl es akut so giftig sei, dass die WHO es in die zweithöchste Gefahrenklasse (WHO Ib) aufgenommen habe.

„Dass ein Wirkstoff wie der Wachstumsregulator Cyanamid, der seit 2008 in der EU nicht

mehr erlaubt ist, weil er zu erheblichen Vergiftungen bei europäischen Anwender*innen geführt hat, noch immer in Mengen von bis zu 10.000 Tonnen aus Deutschland ausgeführt wird, ist skandalös und zeigt, dass Doppelstandards im Pestizidhandel dringend abgeschafft werden müssen“, schrieb Susan Hoffmann von PAN Germany und Co-Autorin der Studie. Ein weltweites Verbot hochgefährlicher Pestizide würde Zehntausende von Todesfällen pro Jahr verhindern. Hochgefährliche Pestizide müssten schrittweise verboten und durch nichtchemische und agrarökologische Maßnahmen ersetzt werden. Der Industrieverband Agrar, der die deutschen Pestizidhersteller vertritt, ließ eine Bitte der taz um Stellungnahme bis Redaktionsschluss unbeantwortet.



Wird bald im Europäischen Parlament „gegrillt“: Phil Hogan, bisher EU-Kommissar für Landwirtschaft und möglicherweise künftig für Handel
Foto: Virginia Mayo/ap

Geheime Deals mit den USA?

Vor seiner Anhörung im Europaparlament ist der designierte EU-Handelskommissar Phil Hogan unter Druck geraten. Aktivisten befürchten nach den gescheiterten Verhandlungen über ein Abkommen mit den Vereinigten Staaten ein „TTIP light“

Von **Eric Bonse**, Brüssel

Der europäische Handel soll umwelt- und klimafreundlicher werden. Das verspricht der designierte neue EU-Handelskommissar Phil Hogan vor seiner Anhörung am Montag im Europaparlament. Sogar eine „Carbon Border Tax“, also eine CO₂-Steuer für Importe, hat der Ire in sein Programm aufgenommen, mit dem er in das Hearing in Brüssel geht.

Mit seinem Klima-Versprechen will Hogan die Europaabgeordneten milde stimmen. Zuletzt hatten sich die Parlamentarier über das geplante Handelsabkommen mit den Mercosur-Staaten empört. Österreich hat sogar schon mit einem Veto im Ministerrat gedroht. Die Brände am Amazonas passen schlecht zu einem klimafreundlichen Handelspakt.

Hogan versucht nun, die Bedenken mit wohlklingenden

Ankündigungen zu zerstreuen. „Ich werde am Entwurf und an der Umsetzung einer Carbon Border Tax mitwirken, die mit den Regeln der Welthandelsorganisation WTO vereinbar ist“, kündigt der Kandidat in einer

Attac und andere Verbände werfen der Kommission vor, ihr Mandat zu überschreiten

schriftlichen Stellungnahme an. Die Abgeordneten dürfte es freuen.

Doch nun droht neuer Ärger – bei einem alten Streitthema. Es geht um den Handel mit den USA. Seit den gescheiterten Verhandlungen über TTIP liegen die Nerven zwischen Brüssel und Washington blank. Jetzt

soll ein Mini-Deal für etwas Entspannung sorgen. Die EU und die USA wollen Industriezölle senken und technische Regeln angleichen.

Doch das sei nur die halbe Wahrheit, glauben Nichtregierungsorganisationen wie Attac, Lobbycontrol und der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland. In einem offenen Brief an Hogan und Noch-Handelskommissarin Cecilia Malmström, der am Montag veröffentlicht wird und der taz vorab vorlag, warnen sie vor einem „TTIP light“.

Die EU-Kommission überschreite ihr Mandat, vermuten die Kritiker. Die Behörde spreche mit den Amerikanern nicht nur, wie es offiziell heißt, über Industriezölle und sogenannte Konformitätsregeln, sondern auch über die „regulatorische Zusammenarbeit“. Dabei geht es um Gesetze und Normen, die den Handel betreffen.

„Dieser Mechanismus stellt eine unmittelbare Gefahr für den Verbraucher-, Arbeits- und Umweltschutz dar und bedroht auch die demokratische Entscheidungsfindung“, heißt es in dem Brief. Malmström und ihr designierter Nachfolger Hogan werden aufgefordert, die betreffenden Verhandlungen sofort auszusetzen.

Allgemein werfen die Umwelt- und Verbraucherschützer der EU-Kommission mangelnde Transparenz vor. Die Brüsseler Behörde hatte zwar nach dem Debakel um TTIP Besserung gelobt. Doch das Versprechen sei nicht eingehalten worden, kritisiert Laura Große von LobbyControl. Die Kommission lege das Mandat des Ministerrats viel zu weit aus.

Allerdings steht die Brüsseler Behörde selbst unter Druck. So droht US-Präsident Donald Trump immer wieder mit neuen Strafzöllen für den Fall, dass die EU in den laufenden Gesprächen nicht zu größeren Konzessionen bereit sei. Trump möchte nicht nur über Industrie- und Autozölle sprechen, sondern auch über Agrarsubventionen.

Druck kommt auch aus Berlin. Deutschland will die angedrohten US-Zölle auf deutsche Autoexporte unbedingt vermeiden – und drängt Brüssel, Trump so weit wie möglich entgegenzukommen. Beim G7-Gipfel Ende August in Biarritz sprach sich Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) für eine weitere Marktöffnung zugunsten der USA aus. Das bisherige Verhandlungsmandat könne ausgeweitet werden.

Allerdings haben sich Frankreich und andere EU-Staaten strikt gegen eine solche Ausweitung der Verhandlungen ausgesprochen. Über die Landwirtschaft werde man auf keinen Fall reden, heißt es in Paris. Die EU-Kommission agiert deshalb in einer Grauzone. Malmström und Hogan versuchen, es allen recht zu machen – und schweigen.

In seiner Stellungnahme für das Europaparlament geht Hogan auf den Handelsstreit mit den USA mit keinem Wort ein. Auch Trumps Drohung mit neuen Strafzöllen lässt er unerwähnt. Dabei könnte der Konflikt schon bald eskalieren.

Die WTO will den USA erlauben, im Streit über Subventionen für Airbus EU-Importe im Wert von schätzungsweise 7,5 Milliarden Euro mit Zöllen zu belegen. Die USA dürften sich diese Gelegenheit nicht entgehen lassen – Trump könnte noch in dieser Woche zuschlagen.